

Mach' meinen Kumpel nicht an!

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

AKTIV FÜR CHANCEN-GLEICHHEIT

NOVEMBER 2016 /
JUBILÄUMSAUSGABE



Die Ursprünge unseres Vereins liegen in der Initiative „SOS racisme“, die in den 1980er-Jahren in Frankreich entstand und unter dem Logo einer gelben Hand die Aktion „Touche pas à mon pote“ startete. Was sinngemäß bedeutet: Fass' meinen Freund nicht an. In Frankreich ging es darum, dem Alltagsrassismus gegenüber Menschen aus den ehemaligen nordafrikanischen Kolonien etwas entgegenzusetzen. Auch in Deutschland waren rassistische Ressentiments bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet. Die Redaktion des Gewerkschaftsmagazins „ran“ und die DGB Jugend gründeten daraufhin den Verein „Mach meinen Kumpel nicht an! – Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus“ – mit dem Logo der Gelben Hand. Prominente Unterstützer waren damals etwa Willy Brandt, Udo Lindenberg, Günter Wallraff oder Götz George, der als Tatort-Kommissar Schimanski in der Folge „Gebrochene Blüten“ (1988) mit dem Pin der Gelben Hand am Revers auftrat, um ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Mehr Informationen zu unseren aktuellen Aktivitäten, Seminaren und Materialien findet ihr auf: www.gelbehand.de. Besucht uns auch auf Facebook: www.facebook.com/gelbehand.



Wie eh und je – 30 Jahre Einsatz gegen Rassismus

Festakt des Kumpelvereins zum 30-jährigen Jubiläum in Berlin



Manuela Schwesig, Familienministerin, Giovanni Pollice, Vorsitzender Gelbe Hand, Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender

Schon 1988 setzte Götz George als berühmter Tatort-Kommissar Schimanski ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, als er in einer Folge des Krimis mit der Gelben Hand am Revers auftrat. 30 Jahre nach der Gründung des Vereins 1986 durch die DGB-Jugend und die Redaktion des Gewerkschaftsmagazins „ran“ werden diese Zeichen mehr denn je gebraucht – denn Rassismus wird wieder salonfähig. Am 11. November kamen daher über 100 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft aus ganz Deutschland in das IG-Metall-Bildungszentrum in Berlin, um in einem Jubiläumsfestakt zum einen an die Anfänge des Kumpelvereins zu erinnern und zu gratulieren – zum anderen jedoch auch um die aktuellen Herausforderungen zu fokussieren. Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, betonte in ihrer Festrede zu Ehren des 30. Gelbe-Hand-Geburtstags, wie wichtig das tagtägliche Einstehen für demokratische Werte sei: „Der Ton ist rauer geworden. Demokratie und Zusammenhalt sind unter Druck. Aber Demokratie und Zusammenhalt sind stark, weil sich viele Menschen dafür stark machen. So wie der Kumpelverein und die Kolleginnen und Kollegen, die gegen Fremdenfeindlichkeit im Betrieb klare Kante zeigen. Die Gelbe Hand ist ein Symbol, das sich festgesetzt hat: Mach meinen Kumpel nicht an! Und das haben engagierte Menschen über lange Jahre weitgehend ehrenamtlich gemacht. Das ist wichtig und wertvoll.“ Der Kumpelverein ist Teil des Bundesförderprogramms „Demokratie leben“ des Familienministeriums. Die Ministerin verlautbarte, dass die Mittel für die Demokratieförderung und den Kampf gegen Rechtsextremismus verdoppelt würden. Auch für den Vorsitzenden des Kumpelvereins Giovanni Pollice ist das ein wichtiges Signal. Es sei essentiell, das gesellschaftliche Engagement zu fördern und viel stärker in den Vordergrund zu rücken: „Nach einer Studie der Evangelischen Kirche ist mehr als jeder zehnte Deutsche für die Flüchtlinge aktiv, das sind fast neun Millionen Menschen. Solche Zahlen machen deutlich – und das kann gar nicht oft genug gesagt werden – wer hier wirklich „das Volk“ ist; Pegida und AfD sind es jedenfalls

nicht!“ Dass die Gewerkschaften gemeinsam mit der Gelben Hand auch zukünftig Rechtspopulismus und Rechtsextremismus entschieden entgegentreten und für eine plurale Gesellschaft eintreten, machte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann in seiner Rede deutlich: „Die Gelbe Hand steht als deutliches Zeichen für den gewerkschaftlichen Kampf gegen jede Form von Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit – sie steht für Weltoffenheit und die Akzeptanz von Unterschiedlichkeit.“

„Warum brauchen wir nach 30 Jahren den Kumpelverein?“ war die provokante Leitfrage der anschließenden Podiumsdiskussion. Die ehemalige Vorsitzende der Gelben Hand, Regina Görner (1993-2000), zeichnete die Anfänge und den gesellschaftlichen Kontext in den 1990er Jahren nach – Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Mölln sind Chiffren der damaligen rassistischen Gewalt. Rassismus trat damals auch in der Mitte der Gesellschaft offen zu Tage, die Gelbe Hand unter Görner startete große sozialpartnerschaftliche Aktionen in den Betrieben. Heute, rund 20 Jahre später, brennen wieder Flüchtlingsunterkünfte. „Wir Demokraten müssen gegen Stimmungsmache und Hetze, auch in den Betrieben, klar Position beziehen. Demokratie muss jeden Tag neu verteidigt werden“, unterstrich der jetzige Vorsitzende Giovanni Pollice. Für Prof. Richard Stöss (FU



Thorsten Klute, Staatssekretär im Integrationsministerium NRW, mit Udo Schmode, Leiter des IG Metall-Bildungszentrum

Berlin) lägen die Ursachen für die Zunahme offen rassistischer, rechtspopulistischer Einstellungen auch an der Verschärfung sozialer Ungleichheit und Unsicherheit. Die Stimme der Jugend, sozusagen der Zukunft der Gelben Hand, vertrat der 21-jährige Dervis Dünder, Gewerkschafts- und Fördermitglied sowie Azubi bei der Continental AG in Hannover: „Es ist wichtig, dass wir junge Menschen uns gegen Rassismus und rechtes Gedankengut engagieren. Schon allein aus der Vergangenheit dieses Landes heraus.“ Am Ende waren sich alle im Saal einig, die Antwort auf die Ausgangsfrage lautet: Ja, wir brauchen die Gelbe Hand auch nach 30 Jahren – mehr denn je.



Klare Kante gegen Rassismus und Engagement für Demokratie

Interview mit Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Manuela Schwesig (Foto: BMFSFJ)

Im Zuge der Flüchtlingsdebatte hat die gesellschaftliche Polarisierung zugenommen, Rassismus scheint bis in die Mitte der Gesellschaft immer salonfähiger zu sein. Frau Ministerin, wie können wir (zivil-)gesellschaftlich den Zusammenhalt stärken und gegen rassistische Ressentiments, Hass und Ausgrenzung vorgehen?

Wir müssen klar Kante zeigen gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Zugleich müssen wir uns aber stark machen für all jene, die sich vor Ort tagtäglich für Demokratie und Vielfalt einsetzen, die gegen Hass und Gewalt aufstehen. Dieses Engagement stärken wir durch unser Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Unterstützt werden Vereine und Initiativen, die sich für die Grundwerte unsere Demokratie, für ein Land der Vielfalt und Solidarität engagieren. In den vergangenen Jahren haben wir erreicht, dass der Bund die Mittel verdreifacht, mit denen er die Zivilgesellschaft hier unterstützt. Jetzt gilt es, diese Mittel auch langfristig den Projekten und den Trägern zur Verfügung stellen zu können. Darum brauchen wir ein Demokratiefördergesetz. Es schafft Planungssicherheit und stabilere Strukturen beim Engagement für Demokratie.

Die Arbeitswelt ist ein Ort gesellschaftlicher Debatten, oftmals auch ein Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen. Welche Rolle können Ihrer Ansicht nach die Gewerkschaften und der Kumpelverein als demokratische Akteure auch zukünftig im Kampf gegen menschenverachtende Tendenzen einnehmen?

Demokratie- und Menschenfeindlichkeit dürfen auch am Arbeitsplatz keine Chance haben. Deshalb sind für uns auch die Gewerkschaften und die Unternehmen wichtige Akteure, was dieses Thema betrifft. Ich freue mich, dass sich viele Betriebsräte und Gewerkschafter

gegen Vorurteile und Hass stemmen. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften können da ja auf jahrelange Erfahrungen im Bereich der Bildungsarbeit zurückgreifen. Und auch in der Wirtschaft beobachte ich eine wachsende Sensibilität. Aber so manches Unternehmen muss hier noch klarer Farbe bekennen.

Wir wissen, dass gerade junge Menschen gefährdet sind, in rechtsextreme Milieus abzugleiten. Welcher Maßnahmen bedarf es, um effektiv Prävention zu betreiben und Jugendlichen die Werte der Demokratie nachhaltig zu vermitteln?

Die jungen Leute wollen mitreden und mitmischen, gerade wenn es um ihre Zukunft geht. Dafür brauchen sie Raum – und zwar auch jenseits der etablierten Strukturen. Studien zeigen, dass das politische Interesse bei Jugendlichen wieder steigt. Aber viele zweifeln daran, dass ihre Themen in der Politik auch wirklich ankommen. Genau da müssen wir ansetzen und Vertrauen zurückgewinnen. Wir brauchen mehr Politik von Jugendlichen, mit Jugendlichen und für Jugendliche. Demokratie muss erlebbar sein. Mein Ministerium hat sich mit der Jugendstrategie das Ziel gesetzt, die Beteiligung von Jugendlichen an politischen Prozessen zu erhöhen. Politik darf nicht über die Köpfe junger Menschen hinweg entscheiden. Das fördert Frustration und Verdrossenheit.

Rechtspopulisten in ganz Europa schüren genau diesen Frust und diese Ängste, sie machen Stimmung gegen Minderheiten und propagieren den Rückzug ins Nationale. Und sie feiern Erfolge damit. Wie kann dem politisch begegnet werden? Welches Leitbild müssen die demokratischen politischen Akteure dem entgegenhalten?

Wir müssen auf Zuversicht und Zusammenhalt statt auf Ausgrenzung und Spaltung setzen. Es ist wichtig, dass wir alle in unserer offenen und toleranten Gesellschaft zeigen: Wir wollen keinen Hass, keine Hetze – weder auf der Straße, noch im Netz. Die Ängste und Sorgen von Menschen müssen ernst genommen werden, aber sie dürfen nicht benutzt und geschürt werden, wie die AfD es tut. Politik und Zivilgesellschaft, wir alle müssen hier gemeinsam klare Kante zeigen. Wir wissen: Vorurteile gegenüber Menschen aus anderen Ländern sind immer dann besonders stark ausgeprägt, wenn diese Menschen nichts voneinander wissen. Deshalb ist es wichtig, Begegnungen zu schaffen. Deshalb sind Austauschprogramme für junge Leute, Jugendwerke so wichtig: Hier lernen Menschen schon in jungen Jahren, wie wichtig die Vielfalt der Kulturen ist.

Abseits tagespolitischer Debatten bleibt die Integration der Geflüchteten eine große, langfristige Herausforderung. Viele der zu uns Fliehenden sind sehr jung. Für sie ist Bildung der Schlüssel zur gelungenen Integration. Wie können wir die Integration der jungen Geflüchteten im Bildungssystem fördern und ihre Teilhabe stärken?

Gerade junge Geflüchtete brauchen Perspektiven und Chancen, um sich integrieren zu können. Sie sind vor Krieg, Armut oder Unterdrückung geflohen – teilweise sogar allein ohne ihre Eltern. Umso wichtiger ist es, dass sie unsere Sprache schnell lernen, zur Schule gehen und einen Ausbildungsplatz bekommen. Wir fördern das beispielsweise durch die Jugendmigrationsdienste. In 24 Einrichtungen, über ganz Deutschland verteilt, erhalten junge Flüchtlinge spezielle Hilfsangebote: ob es nun um die richtige Schule geht, um die Begleitung bei Behördengängen oder die Suche nach einem Job. Ein anderes Beispiel ist das Projekt „JUGEND STÄRKEN: 1000 Chancen“. Junge Unternehmerinnen und Unternehmer helfen mit praxisnahen Angeboten: „Coach4Life“ oder „Ein Tag Azubi“ ermöglichen erste Schritte in die lokale Arbeitswelt. Auch davon können junge Geflüchtete profitieren.

Demokratie leben!

Aktiv gegen Rechtsextremismus,
Gewalt und Menschenfeindlichkeit

Zahlreiche Initiativen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürgern in ganz Deutschland setzen sich tagtäglich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander ein. Bei dieser wichtigen Arbeit unterstützt sie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Es werden besonders Projekte gefördert, die sich in der Demokratieförderung und der Extremismusprävention engagieren. Das Programm setzt auf verschiedenen Ebenen an: Ziel ist es, Projekte sowohl mit kommunalen als auch mit regionalem und überregionalem Schwerpunkt zu fördern. Die Förderlaufzeit erstreckt sich von 2015 bis 2019.

Mehr Informationen zu den einzelnen Programmbereichen gibt es unter:
www.demokratie-leben.de

„Signal der Gewerkschaften gegen Ausgrenzung“

Interview mit Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)



Reiner Hoffmann (Foto: Simone M. Neumann/DGB)

Die Gelbe Hand ist seit nunmehr 30 Jahren ein gewerkschaftliches Symbol gegen Rassismus und für ein respektvolles Miteinander. Wie können gerade wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unsere Werte der Solidarität und der Menschlichkeit wieder stärker in die Gesellschaft vermitteln?

Die Gelbe Hand war vor 30 Jahren ein starkes Signal der Gewerkschaften gegen Ausgrenzung und Rassismus. Und sie ist es bis heute. Gewalt gegen Flüchtlinge, Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und die Ausgrenzung von Minderheiten – das sind Zeichen dafür, dass Rassismus und Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft nach wie vor weit verbreitet sind. Gleichzeitig gibt es mehr Hetze denn je. In den sozialen Medien werden Demokraten und Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter genauso bedroht wie Menschen, die religiösen und kulturellen Minderheiten angehören. Für uns ist klar: Wir müssen eine klare Kante zeigen gegen jegliche Form von Rassismus. Wir streiten für gleiche Teilhabechancen, für alle, unabhängig von ethnischer und sozialer Herkunft oder Religion. Das gilt für die Arbeitswelt und darüber hinaus für die Gesellschaft. Wir sind Partner der 2015 begründeten „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat - gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“. Mit dem Bündnis setzen wir – gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen – ein Signal gegen jede Form von Hass, Rassismus und Gewalt. Die Grundrechte, demokratische Prinzipien und gewerkschaftliche Werte müssen angesichts der gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen immer wieder neu begründet werden. Deshalb setzen wir uns ein für Mitbestimmung in der Arbeitswelt, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und für eine Rente, die für ein gutes Leben reicht.

Rassismus und Rechtspopulismus sind keine Randerscheinungen. Sie werden auch in den Betrieben sichtbar. Welche konkreten Maßnahmen können die Betriebsräte, Vertrauensleute und die Jugend- und Auszubildendenvertretungen ergreifen, um dem im Betrieb entgegenzuwirken?

In vielen Betrieben und Verwaltungen arbeiten Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kulturen zusammen. Diese vielfältigen Belegschaften tragen zum Erfolg des Unternehmens bei. Dennoch: Rassistische Einstellungen sind – wie in der Gesamtbevölkerung – auch bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verbreitet. Dies ist keine neue Erkenntnis. Heute aber werden rechtspopulistische und ausgrenzende Vorurteile und Vorstellungen deutlich offener formuliert und beeinträchtigen zunehmend auch die Betriebsabläufe. Umso wichtiger ist es, die Regelungen des Betriebsverfassungs- und der Personalvertretungsgesetze anzuwenden um Ausgrenzung und Rassismus zu thematisieren und zu bekämpfen. Über diese Themen muss auch in der beruflichen Aus- und Weiterbildung gesprochen werden. Wir brauchen konkrete Maßnahmen, um Konflikte zu lösen und um strukturelle und individuelle Diskriminierungen zu verhindern. In Betriebsvereinbarungen gibt es gute Ansätze für die thematische Auseinandersetzung in der Ausbildung. Diese Ansätze gilt es zu verbreitern. Aber nicht nur im Betrieb sollte man das nutzen, auch bei Fortbildungsmaßnahmen und Wettbewerben der Gewerkschaften und des Kumpelvereins.

Egal, ob auf Demonstrationen gegen Pegida und Co. oder mit kreativen Aktionen im Rahmen unseres Jugendwettbewerbs „Die Gelbe Hand“ – die Gewerkschaftsjugend ist stets vorne dabei im Kampf gegen Rassismus. Wie kann man das Engagement der Jugend noch weiter fördern und ausbauen?

Wie nachhaltig sich die DGB-Jugend gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit engagiert, zeigt sich nicht nur daran, dass die DGB-Jugend die Gelbe Hand begründet hat. Bis heute setzen sich viele junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für Weltoffenheit und Toleranz und gegen Rassismus ein – und sehen das als wichtigen Teil ihres gesellschaftlichen Engagements. Für die weitere Stärkung der gewerkschaftlichen Arbeit gegen Rechts brauchen wir vor allem bessere rechtliche Rahmenbedingungen und eine bessere Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Bund und Länder sollten zudem entsprechende Programme besser fördern, wie die Beratung und Unterstützung von

Opfern rechtsextremer Gewalt oder auch die politische Bildung.

Im Zuge der Flüchtlingsmigration wurden die politischen und medialen Debatten immer schriller - angefacht durch Rechtspopulisten, die gezielt Ängste instrumentalisieren. Welchen Beitrag können die Gewerkschaften als sozialpolitische Akteure leisten, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder zu stärken?

Rechtspopulisten mit ihren eher autoritären und nationalistischen Vorstellungen zeichnen ein abwegiges Bild von Flüchtlingen – als homogene Gruppe, die „unsere Demokratie und Werte, unseren Wohlstand“ bedrohe. Dabei sind es die Rechtspopulisten, die häufig die für alle geltenden Grundrechte ablehnen, sich gegen die die Gleichbehandlung von Männern und Frauen stellen und die Prinzipien einer demokratischen Gesellschaft ablehnen. Menschen aufzunehmen, die vor Kriegen und Bürgerkriegen fliehen, vor politischer und ethnischer Verfolgung – das war und ist eine menschenrechtliche Verpflichtung. Wer diese Verpflichtung verneint oder sie anhand wirtschaftlicher Faktoren einschränken will, ist geschichtsvergessen. Geflüchtete kommen mit all ihren Kriegs- und Fluchterfahrungen. Sie müssen als Individuen wahrgenommen werden, mit all ihren sozialen und kulturellen Prägungen – auch wenn diese nicht immer mit unseren gewerkschaftlichen Wertevorstellungen übereinstimmen.

Der Zuzug der Geflüchteten ist eine Herausforderung, kann aber auch eine Chance bedeuten, wenn die Integration gelingt. Gute Arbeit ist hierfür essentiell, denn Arbeit ist ein Pfeiler gesellschaftlicher Teilhabe. Wie muss also aus gewerkschaftlicher Sicht die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt gestaltet werden?

Für uns als Gewerkschafter ist klar: Wir wollen keine Integrationspolitik, die auf Dumpinglöhne und Sondermaßnahmen für Geflüchtete setzt und auch keine Arbeits- und Ausbildungsverbote. Wir wollen gleiche Chancen auf ökonomische und gesellschaftliche Teilhabe. Das heißt, wir lehnen eine Einteilung in „gute und schlechte“ Flüchtlinge ab. Stattdessen braucht es eine Prüfung der individuellen Fluchtgründe für alle und im Anschluss einen sicheren Aufenthalt. Aber das reicht nicht. Wir brauchen einen ganzheitlichen Ansatz, der gleiche Chancen auf ökonomische Teilhabe schafft, für alle Bevölkerungsgruppen, mit und ohne Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung. Wir kämpfen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – für bessere Arbeitsbedingungen und eine sichere Zukunft.

Flüchtlinge schützen. Rassismus entgegentreten.

Herbsttagung des Kumpelvereins vom 11. bis 13. November

Bei seiner Begrüßung auf der jährlichen Herbsttagung der Gelben Hand verdeutlichte der Vorsitzende Giovanni Pollice die Zielrichtung hinsichtlich des gesellschaftlichen Rechts-



rucks: „Die Tagung soll auch dazu dienen, die Arbeit des Kumpelvereins noch effektiver auf die aktuellen Herausforderungen auszurichten: Mit welchen Methoden instrumentalisieren Rechtspopulisten das Politikfeld der Migration? Warum ist der Nährboden für Rechtspopulismus auch in der Arbeitswelt vorhanden? Wie müssen die Antworten der Gewerkschaften und des Kumpelvereins auf diesen Rechtsruck aussehen?“ Diese Fragen standen während der zweitägigen Konferenz im Mittelpunkt, zu der aus ganz Deutschland rund 100 aktive Fördermitglieder sowie Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ins IG Metall-Bildungszentrum nach Berlin gekommen waren. Wissenschaftlichen Input gab es zunächst vom Extremismusforscher Prof. Hajo Funke (FU Berlin), der in seinem Vortrag pointiert analysierte, wie Rechtspopulisten Ängste in einer empfundenen „Abstiegs-gesellschaft“ schürten und daraus Wut und Gewalt erwachse. „In keinem anderen europäischen Land gibt es eine so enge Verbindung zwischen dem Rechtspopulismus und der gewalttätigen rechtsextremen Szene“, erläuterte der Professor und forderte eine soziale, „linke“ Alternative als Gegenmodell zu den Rechten. Konzentrierte sich Funke noch auf „die Schlechten“, befasste sich Dr. Karakayali (Humboldt-Universität Berlin) in seinem Vortrag mit den „Guten“ - nämlich mit dem solidarischen Engagement in der Flüchtlingshilfe, in der rund 10 % der Bevölkerung aktiv mitwirken. „Das ist eine Art der stillen Politik“, befand der Soziologe.

In drei Foren konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anschließend ihre Erfahrungen in der Antirassismuserbeit einbringen und sich austauschen. Den zweiten Tag der Konferenz eröffnete Prof. Küpper (Hochschule Niederrhein), die seit Jahren zu rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung forscht. In gewohnt launiger Manier veranschaulichte sie die ausgrenzende Wirkweise von Vorurteilen und Stereotypen in der Gesellschaft und appellierte an die Aktiven: „Wenn einer ein rechtsextremes Weltbild hat, an den komme ich nicht mehr ran, aber alle, die irgendwie unsicher sind, die müsst ihr überzeugen. Leidenschaftlich, laut und solidarisch!“ Diesen Appell konnten sie direkt angehen – in einem World Café sollten die Aktiven ihre Ideen einbringen, wie der Kumpelverein die Herausforderungen zukünftig gestalten könne. Herausgekommen sind zahlreiche gute Vorschläge, sie reichten von mehr regionaler Vernetzung über neue Formen der Jugendaktivitäten in der Bildungs- und der Öffentlichkeitsarbeit. In ihrem Schlusswort appellierte die Geschäftsführerin des Kumpelvereins Dr. Klaudia Tietze an die Kolleginnen und Kollegen, sich für eine Atmosphäre von Respekt und Gleichwertigkeit in Betrieb und Gesellschaft einzusetzen. Insgesamt ging eine klare Botschaft von der Tagung aus: Die Aktiven wollen gemeinsam mit dem Kumpelverein den Kampf gegen Rassismus im nächsten Jahr noch vernetzter, noch lauter vorantreiben.

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand: Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Volker Roßocha (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic

Fotos:

Gelbe Hand, BMFSFJ, DGB

Produktion:

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
www.setzkasten.de
Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnten wir neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

1. **Mira Ball**, ver.di, Bundesfachgruppenleiterin Straßenpersonen- und Schienenverkehr, Berlin
2. **Tobias Blönk**, Interkulturelle Öffnung, Interreligiöser Dialog, Diversity, Stadt Bochum, Bochum
3. **David-Vincent Bollmann**, IG BCE, JAV und Jugendreferent beim LB Baden-Württemberg, Stuttgart
4. **Daniel Born**, ver.di, MdL Baden-Württemberg, Schwetzingen
5. **Lena Bruns**, ver.di, Trainerin für Arbeitsrecht, Göttingen
6. **Harald Detken**, ver.di, Mitglied des Landes- und Bundesfachbereichsvorstandes Gesundheit und Soziales, Oldenburg
7. **Susanne Dohrmann**, IG Metall, Düsseldorf
8. **Bettina Domer**, ver.di, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, Berlin
9. **Sascha Dudzik**, IG Metall, Kassierer Geschäftsstelle Hannover, Hannover
10. **Rolf Erler**, IG BCE, Bezirksleiter Berlin-Mark Brandenburg, Berlin
11. **Gereon Falck**, ver.di, Gewerkschaftssekretär Bezirk Essen, Essen
12. **Sarah Fenger**, IG BCE, Trainee, Bochum
13. **Christian Fischer**, IG Metall, Gewerkschaftssekretär Geschäftsstelle Hannover, Hannover
14. **Gabriele Frenzer-Wolf**, ver.di, stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Baden-Württemberg, Stuttgart
15. **Ingo Freund**, ver.di, Vorsitzender Betriebsgruppe Deutsche Post AG Brief, Hamburg
16. **Christa Geese**, ver.di, Mitglied im Verwaltungspersonalrat der Stadt Wuppertal, Mitglied im Bezirksvorstand Wuppertal, Wuppertal
17. **Michael Giffhorn**, IG Metall, Leiter der Heimvolkshochschule Springe, Springe
18. **Judith Gövert**, DGB, Gewerkschaftssekretärin Region Köln-Bonn, Köln
19. **Carsten Gramms**, ver.di, Hannover
20. **Mirko Hawighorst**, IG BAU, Regionalleiter Sachsen Anhalt-Thüringen-Sachsen, Potsdam
21. **Robert Hengster**, ver.di, Bundesfachgruppenleiter Luftverkehr, Berlin
22. **Bettina Hilger**, ver.di, Essen
23. **Helmut Hurtz**, ver.di, ehrenamtlich aktiv in der Sozialberatung, Hamburg
24. **Ivelina Ivanova**, IG BAU, Gewerkschaftssekretärin, Duisburg
25. **Serdar Kara**, ver.di, Betriebsrat Deutsche Post AG, Bremen
26. **Susanne Kiesel**, ver.di, Betriebsrat, VL, Mitglied im BundesarbeiterInnenausschuss, Hamburg
27. **Harry Kirschsiepen**, ver.di, Vertrauensleutensprecher bei MVG/City-Bus Mainz, Mainz
28. **Norbert Kluge**, IG Metall, HBS Abteilungsleiter Mitbestimmungsförderung, Düsseldorf
29. **Martina Kustin**, ver.di, Betriebsratsmitglied Vattenfall Europe Business Services GmbH, Berlin
30. **Ingrid Lepple**, IG Metall, Betriebsrätin Daimler, Stuttgart
31. **Nina Lepsius**, ver.di, Pressesprecherin DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, Berlin
32. **Malte Lückert**, IG BCE, Gewerkschaftssekretär in der HV, Abteilung Junge Generation, Hannover
33. **Joachim Mohr**, ver.di, Berater, Bonn
34. **Benjamin Pfalz**, IG Metall, Gewerkschaftssekretär, Marburg
35. **Werner Preissner**, ver.di, DGB-Kreisvorsitzender Region Hannover, Hannover
36. **Sebastian Rackwitz**, Dortmund
37. **Lars-Uwe Rieck**, ver.di, Landesbezirksfachbereichsleiter für Postdienste, Spedition und Logistik, Hamburg
38. **Sebastian Rüter**, EVG, Geschäftsstellenleiter Europäische Betriebsräte, Teltow
39. **Fatma Say**, ver.di, BR-Mitglied, Mitglied im Migrationsausschuss, Delmenhorst
40. **Stefan Schipporeit**, ver.di, Hannover
41. **Jochen Schroth**, IG Metall, Ressortleiter Vertrauensleute und Betriebspolitik beim IG Metall Vorstand, Frankfurt/Main
42. **Malte Staiger**, IG BCE, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender, Firma H&R OWS GmbH, Mitglied des Landesbezirksvorstandes Nord, Winsen/Luhe
43. **Marco Steinborn**, ver.di, stellv. Betriebsratsvorsitzender Kölner Verkehrsbetriebe (KVB), Mitglied des Aufsichtsrates (KVB), stellv. Vorsitzender, ver.di Bezirk Köln, Köln
44. **Rainer Steinfadt**, ver.di, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Post AG, Wuppertal
45. **Bulut Surat**, IG BCE, Student, Kempen
46. **Kurt Tauber**, ver.di, Betriebsrat Flughafen Stuttgart, Stuttgart
47. **Siebel Tekin**, ver.di, Gewerkschaftssekretärin Bezirk Düsseldorf, Düsseldorf
48. **Antje Utecht**, IG Metall, Gewerkschaftssekretärin beim Vorstand Funktionsbereich Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik, Frankfurt/Main
49. **Konstantin Vavitsas**, IG Metall, Lippstadt
50. **Susanne Wenz**, ver.di, Geschäftsführerin Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald, Karlsruhe
51. **Jürgen Zanthoff**, IG Metall, Projektkoordinator, Bochum
52. **Ulrich Zorn**, IG Metall, Mitglied des Ortsjugendausschusses Esslingen, Plochingen

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (**Mindestbeitrag 36 € im Jahr**) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt. Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank Giovanni Pollice, Vorsitzender